Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.40, durch die Post M. 2.—, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Wochentags von Vorm. 8—3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11—1 Uhr Mittags. Für Neustadt: nur Rathgeb. 4, nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Der 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., nur Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unter Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncenbureaus wie heute Mediumtelephonstellen an. Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Heilanstalt und Curhaus.

Zur Blutreinigung!
Wühlhuber II.
nach Pfarrer Kneipp's Vorschrift bereiteter, weit bekannter Blutreinigungsthee, à Packet 50 Pfg.
Ferner alle von Pfarrer Kneipp empfohlenen Hausmittel hält vorräthig und versendet geg. Nachnahme die
Apotheke z. Storch,
Dresden,
Pillnitzerstrasse.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

Reise-Artikel!
Damentaschen, Photogr.-Albums, Portefeuille-Waaren
empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 (zunächst dem Altmarkt).

Atelier für feine
Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Façons.
Heinrich Plaul,
Dresden,
Wallstr. 25.
Teleph. A. J. 167.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 129. Spiegel: Reichsfinanzreform im preußischen Abgeordnetenhause. Hofnachrichten. Aus der Gesammtrathssitzung. Lehrertöchterheim. Convent des Hochstifts Meißen. Schulstatistik. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Secessionisten-Ausstellung. Lotterieliste. Mittwoch, 9. Mai.

Politisches.

Der wiederholten Mahnung des Fürsten Bismarck, daß die Einzellandtage lebhafter als bisher an der Reichspolitik Antheil nehmen mögen, damit dadurch das nationale Orchester verstärkt werde, hat das preußische Abgeordnetenhaus kurz vor dem Antritt seiner Pfingstferien in einer erneuten gründlichen Aussprache über die Miquel'sche Reichsfinanzreform Folge gegeben. Den Anlaß zu den zweitägigen Debatten über die Nothwendigkeit einer festen Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten bot der Generalbericht, den die Budgetkommission der Zweiten Kammer Preußens durch ihren Berichterstatter, den nationalliberalen Abg. Dr. Sattler, über die preußische Finanzlage hatte ausarbeiten lassen. Ihren Ansichten über die Finanzlage des größten deutschen Bundesstaates hatte die Kommission in mehreren Resolutionen Ausdruck gegeben, deren wichtigste in der Forderung gipfelte, daß behufs dauernder Ordnung der preußischen Staatsfinanzen eine feste Abgrenzung der Beiträge Preußens für die Bedürfnisse des Reichs erfolgen und daß letzteres nicht allein für die Aufbringung der für seine Ausgaben nothwendigen Mittel aus den ihm reichsverfassungsmäßig zustehenden Quellen, sondern auch für Ueberweisungen an die Einzelstaaten in einer die Matrikularumlagen übersteigenden Höhe Sorge tragen müsse.

Die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses, bestehend aus den ehemaligen Kartellparteien, den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, stimmte für diese Resolution, während sich die Minderheitsparteien, Centrum und Freisinn, vergeblich dagegen sträubten, daß die preußische Volksvertretung mit Nachdruck für die Reichsfinanzreform Stellung nahm. Das Recht der Einzellandtage, sich über dieselbe zu äußern, wagten selbst die Wortführer der Minorität, mit Ausnahme eines klerikalen Redners, nicht anzutasten. Handelt es sich doch bei der Frage, ob das Reich für seine Bedürfnisse selbst sorgen oder auf die Einzelstaaten zurückgreifen, und ob es ihnen von seinen etwaigen Ueberschüssen etwas herausgeben oder ob es mehr erhalten soll, als es giebt, um eine häusliche Angelegenheit der Einzelstaaten. Von ihrem unzweifelhaften Rechte, hierbei mitzusprechen, haben bereits thatsächlich die einzelnen Landtage, voran der sächsische und die bayrische Landesvertretung, fast ausnahmslos Gebrauch gemacht, indem sie sich im Allgemeinen im Sinne der Nothwendigkeit einer Sicherung ihrer Finanzen vor den wachsenden Ansprüchen des Reichs aussprachen. Um den schwerwiegenden Eindruck, den die imposante Aktion des preußischen Landtages zu Gunsten der Miquel'schen Reformen hervorrufen muß, abzuschwächen, suchten die Wortführer des Freisinns und des Centrums die Bedeutung des preußischen Abgeordnetenhauses herabzudrücken. Eugen Richter erklärte, gleichsam in seiner Eigenschaft als der Führer der Caprivischen Reichstagsmehrheit, daß das Votum des preußischen Abgeordnetenhauses dem Reichstage nicht imponiren werde; denn der Landtag sei nur eine partikulare Volksvertretung niederer Ordnung gegenüber dem Reichsparlament. Und in derselben Tonart polemisirte gegen die Zweite preußische Kammer der Führer des Freisinns weiblicher Linie, Heinrich Rickert, der im Reichstage so verständnißinnig und so erfolgreich die Geschäfte des Reichskanzlers zu vertreten versteht. Rickert glaubte in seinem Aerger, daß er vor dem preußischen Landtage vergeblich rede, darauf hinweisen zu müssen, daß die Wurzel der nationalen Hoheit der Kaiser und der Reichstag sei, der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei, während die Landesvertretung Preußens die Verkörperung des elendesten aller Wahlsysteme darstelle. Mit Recht bemerkte dem gegenüber Graf zu Limburg-Stirum, daß Rickert am allerwenigsten befugt sei, über die Elendigkeit von Wahlgesetzen zu reden; denn er habe mit dem Reichstagswahlgesetz das gleich schlechte Resultat erzielt, wie mit dem preußischen Wahlsystem. Stellt man einen Vergleich der Erfolge an, welche mit dem Wahlsystem des Reichs und Preußens erzielt worden sind, so fällt derselbe keineswegs zu Gunsten des Reichstages aus, der von jeher, unter Bismarck wie auch unter dessen Nachfolger, Forderungen der Reichspolitik von höchstem nationalen Interesse den zähesten Widerstand entgegengesetzt hat. Ein Wahlgesetz, wie das des Reichstages, in welchem alle großen Städte des Deutschen Reiches durch Sozialdemokraten vertreten sind, meinte Graf zu Limburg-Stirum, kann man doch nicht das Ideal der Vollkommenheit nennen, während Miquel die sehr bedeutende Leistung hervorhob, die der unter dem sogenannten „elenden" Wahlgesetz gewählte preußische Landtag in der großen epochemachenden Steuerreform aufzuweisen hat. „Ein Haus", führte der preußische Finanzminister aus, „welches der Abg. Richter als eine Volksvertretung untergeordneter Klasse bezeichnet, hat eine Steuerreform durchgeführt auf Grund des Prinzips der Leistungsfähigkeit unter einer sorgfältigen Berücksichtigung der minder Leistungsfähigen über dies prozentuale Prinzip hinaus. Das Haus hat zum ersten Mal eine konsequente Unterscheidung gemacht in Bezug auf das Arbeitseinkommen und das Einkommen aus Besitz; das Haus hat die Mehrüberweisungen, die vom Reich gekommen sind, verwendet zur Entlastung der unteren Volksklassen. Ich erinnere an die Aufhebung der unteren Stufen der Klassensteuer; ich erinnere an die Beseitigung des Volksschulgeldes; ich erinnere an die Steigerung einer Menge von Ausgaben, die im Wesentlichen den unteren Volksklassen zu Gute kamen. Hier haben wir nicht eine einseitige Bourgeoispolitik gehabt, sondern wir haben eine opferfreudige deutsche Volksvertretung vor uns gehabt."

Nicht minder heftig als die beiden feindseligen Brüder vom Freisinn wandte sich einer der klerikalen Redner, der Abg. Rintelen, der zuletzt Vorsitzender der Steuerkommission des Reichstages war, gegen die Kritik, welche die Mehrheit des preußischen Landtages an dem negativen Verhalten der Reichstagsmajorität der Reichsfinanzreform gegenüber geübt hat. Der klerikale Redner bezeichnete diese Kritik als eine Demonstration gegen den Reichstag, gegen die Protest erhoben werden müsse, weil sie außerhalb der gesetzlichen Kompetenzen des Landtages liege. Selbst die eigenen Parteigenossen des Abg. Rintelen dürften schwerlich geneigt sein, dieser Auffassung beizutreten, deren Hinfälligkeit schon aus der Erwägung erhellt, daß jedem Staatsbürger und jeder politischen Versammlung das Recht zweifellos zugestanden wird, an der Thätigkeit des Reichsparlaments Kritik zu üben. Wozu die einzelnen Wähler befugt sind, dazu wird wohl auch der größte deutsche Einzellandtag berechtigt sein, der die Gesammtheit der preußischen Staatsbürger repräsentirt und das lebhafteste Interesse an der Reichsentwickelung haben muß, wenn er nicht eine seiner vornehmsten Pflichten, die Sorge um das nationale Wohl, von dem das Wohl des Einzelnen bedingt wird, vernachlässigen will. Mit großer Entschiedenheit hat Miquel dem preußischen Landtage die Befugniß zuerkannt, in Reichsangelegenheiten, bei denen, wie es besonders auf dem finanziellen Gebiete der Fall ist, so vitale Interessen Preußens in Frage stehen, seinen Standpunkt bekannt zu geben und er hat zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß die übrigen Einzellandtage dem Beispiel der preußischen Volksvertretung auch in Zukunft noch entschiedener als bisher folgen werden.

Wesentlich neue Gesichtspunkte haben die Debatten der preußischen Landboten über die Unumgänglichkeit der Reichsfinanzreform nicht zu Tage gefördert. Das war auch von vornherein nicht zu erwarten, nachdem diese Frage, die nunmehr bald ein volles Jahr auf der Tagesordnung steht, nach allen Richtungen und von allen dabei betheiligten Seiten eingehend und wiederholt erörtert worden ist. Immerhin verdienen einige Aeußerungen des preußischen Finanzministers hervorgehoben zu werden. Miquel ließ mehrfach durchblicken, welchen besonderen Werth es für ihn habe, wenn der preußische Landtag für seine Pläne zur Durchführung einer festen Regelung zwischen den Finanzen des Reichs und denen der Einzelstaaten eintrete. Er könne nicht wissen, so drückte sich der Leiter der preußischen Finanzen vorsichtig aus, ob die verbündeten Regierungen sich der Resolution des preußischen Landtages bezüglich der Nothwendigkeit der Finanzreform unbedingt anschließen wollen; er sei zwar davon überzeugt und nach den Erklärungen des Reichskanzlers müsse er annehmen, daß die Stellung des Reichs unverändert geblieben sei. Zum Mindesten ist es auffällig, daß Miquel nicht in der Lage ist, auch nur für die nächste Zukunft in unzweideutiger Weise die volle Uebereinstimmung seiner eigenen Ueberzeugungen bezw. derjenigen der preußischen Regierung mit der Ansicht des Reichskanzlers ausdrücklich zu konstatiren. Er muß sich darauf beschränken, den lebhaften Wunsch auszusprechen, daß das Einvernehmen zwischen der preußischen Regierung mit den Reichsbehörden hinsichtlich der Finanzreform bestehen bleiben möge. Jedenfalls erhellt hieraus von Neuem, wie wenig zuversichtlich selbst bei den unmittelbar betheiligten Staatsmännern das Bewußtsein ist, daß die Reichs- und die preußischen Angelegenheiten einheitlich und in voller Uebereinstimmung mit einander geleitet werden. Sehr richtig bemerkte daher der Führer der Konservativen im Laufe der Debatten, daß für die einheitliche Durchführung der Finanzreform eine Schwierigkeit in der Thatsache liege, daß die preußische oberste Leitung nicht mit der obersten Leitung im Reiche zusammenfalle. Im Interesse des ersten und bedeutendsten Bundesstaates müsse er wünschen und erwarten, daß, wenn im Reiche Initiative genommen und Pläne gefaßt werden, diese mit den preußischen Interessen nicht kollidiren, sondern übereinstimmen. Bestände die vor Allem im nationalen Interesse so überaus bedenkliche Trennung zwischen dem Reichskanzleramt und der preußischen Ministerpräsidentschaft nicht, so wäre heute nicht Raum gegeben zu der Deutung, als sei es dem preußischen Finanzminister mit dem Votum des ihm treu ergebenen preußischen Abgeordnetenhauses weniger um einen Druck auf den Reichstag oder die öffentliche Meinung, als vielmehr auf eine andere Stelle zu thun gewesen, von der er eine Aenderung seiner umfassenden Pläne befürchtet. Daß eine solche Aenderung nicht ausgeschlossen ist, läßt die Mittheilung erkennen, daß im Sommer wieder eine Konferenz der Finanzminister der Einzelstaaten berufen werden soll, der man den Entwurf eines neuen Planes der systematischen Umgestaltung der Finanzen des Reiches vorlegen will. Daß man von Seiten des Reichsschatzamtes sich begnügen will, nur für die Vermehrung der eigenen Einnahmen in dem Maße des nothwendigen Deckungsbedürfnisses zunächst Sorge zu tragen, wird aus einer Aeußerung offiziösen Ursprungs erkennbar, in der die weitere Ausdehnung der Sattler'schen Vorschläge im preußischen Landtage für nicht opportun erklärt wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. Mai.

Berlin. Der Kaiser hat mit dem Bruder des verstorbenen Grafen Adolf Friedrich v. Schack, dem Grafen Rudolf v. Schack, der das Haus in München geerbt hat, in dem sich die Schack'sche Gemäldegalerie befindet, eine Vereinbarung getroffen, wonach dieses Haus in den Besitz des Kaisers übergeht. Die Schack'sche Galerie wird darnach als Eigenthum des Kaisers ungestört in ihrem alten Heim verbleiben und nach wie vor dem Publikum geöffnet sein. — Die Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin trifft morgen Abend von Wien in Dresden ein und setzt von da am 10. d. M. die Reise nach Berlin fort. — Für den Dienst in den afrikanischen Kolonien werden zur Zeit 5 Offiziere im orientalischen Seminar vorgebildet, darunter der sächsische Pionierleutnant Glauning. — Im preußischen Kultusministerium trat heute die Landeskunstkommission zusammen, um sich über Ankäufe für die Nationalgalerie, für die Ausschmückung von Kirchen schlüssig zu machen. — Der heutige Termin vor dem hiesigen Landgericht gegen den Frhrn. v. Thüngen wegen Beleidigung des Grafen Caprivi wurde wegen Nichterscheinens des Frhrn. v. Thüngen vertagt. Der Gerichtshof beschloß, den Angeklagten zum nächsten Termine vorführen zu lassen. — Vor dem hiesigen Landgerichte kam heute der Prozeß zur Verhandlung, der gegen eine Anzahl Berliner Redakteure wegen Beleidigung des Berliner Polizeipräsidiums und der Polizei durch Besprechungen über den Zusammenstoß der Polizei mit den Arbeitslosen am 18. Januar d. J. eingeleitet ist.

Kiel. Der Kreuzer „Bussard" ist nach Samoa beordert und wird nach Eintreffen des neuen Kommandanten, Korvettenkapitän Scheder, dorthin abgehen.

Halle a. d. S. Der ehemalige Pastor Krug hat einen Mordversuch gegen seine geschiedene Ehefrau verübt und sodann sich selbst erschossen.

München. In der Angelegenheit des Diebstahles Lenbach'scher Bilder wird die Hauptverhandlung Anfang Juli beim hiesigen Landgericht eröffnet. Die Anklage erstreckt sich auf 19 Personen. Nach der Untersuchung sollen zwei Drittel der konfiscirten Bilder gestohlen, ein Drittel gefälscht sein. Der Werth der Sammlung und des Lenbach erwachsenen Schadens wird von Sachverständigen auf etwa eine Million geschätzt. — Der Ballon der hiesigen Luftschifferabtheilung, in dessen Gondel sich drei Offiziere befanden, wurde aus beträchtlicher Höhe infolge einer Windströmung abwärts gedrückt und stieß an den Kamin einer Militärbaracke. Der Ballon fiel infolge des erhaltenen Risses zu Boden. Die Offiziere wurden durch den rapiden Absturz erheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Graz. Ueber die Rettung der Höhlenforscher werden noch folgende Einzelheiten mitgetheilt: Die Vorräthe, welche die Eingeschlossenen bei ihrer Befreiung noch besaßen, rührten aus einer Kiste her, die am letzten Dienstag in die Höhle eingelassen worden war und welche die Eingeschlossenen wirklich aufgefangen hatten. Der Erste, welcher an's Tageslicht gebracht wurde, war der 15jährige Realschüler Rudolf Hard. Die Menge brach in Jubel aus, verstummte aber gleich beim Anblick des jungen Menschen; er war zum Skelett abgemagert, die Augen quollen aus den Höhlen und stierten glanzlos in die Luft, das Gesicht sah wie mit Leim beschmiert aus, der Unterkiefer fiel herunter. Seine Schwester fiel beim Anblick des furchtbar Entstellten in Ohnmacht. Auch die übrigen Eingeschlossenen waren gelb, doch war der Gang der Meisten stramm. Alle wurden in einer Feldbaracke in Betten gebracht. Am ersten Tage der Gefangenschaft wollten die Eingeschlossenen hinausschwimmen, was aber wegen der Zunahme des Wassers unmöglich war. In der Höhle herrschte eine Temperatur von nur 8½ Grad. Alle frören sehr. Keiner konnte schlafen. Zur Löschung des Durstes fingen sie Sickerwasser auf. Ihre Kleider wurden nie trocken, sie faulten ihnen fast vom Leibe. Die Aerzte glauben, daß sich bei den Geretteten vielleicht Typhus, Staar und Magenkatarrh, sowie Lungenentzündung einstellen werden.

Mährisch-Ostrau. Der Streik gewinnt an Ausdehnung. Die Zahl der Ausständigen beträgt jetzt ziemlich 8000. Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden.

Klausenburg. Außerhalb Klausenburg wurden über 30,000 Rumänen mittelst Honved-Husaren an dem Betreten der Stadt verhindert. Mehrere Tausend drangen unter Steinhagel und Stockschlägen am Sonntag in die Stadt. Drei Linienregimenter und drei Schwadronen Husaren umzingelten Klausenburg. Die Bevölkerung empfing die Husaren mit der Kossuth-Hymne.

Paris. Der Abgeordnete Deloncle klagt in einer Zuschrift an die Blätter deutsche und englische Schiffe an, große Mengen Sprengstoff nach Madagaskar und Siam zu führen, so wäre der deutsche Dampfer „Hochheimer" am 23. März mit 60 Tonnen Dynamit und 30 Tonnen Pulver für Madagaskar durch den Suezkanal gegangen. Der Abgeordnete fordert, daß man den Suezkanal für diesen Verkehr schließe.

* **Paris.** Kammer. Der Antrag auf gerichtliche Verfolgung des sozialistischen Deputirten Toussaint wegen Aufreizung zum Streik wurde mit 291 gegen 239 Stimmen angenommen.

Bern. Die Urtheile über die Krawalle rufen in den Reihen der Sozialdemokraten große Bestürzung hervor. Das sozialistische Parteikomitee wurde angegangen, in der ganzen Schweiz selbst Kundgebungen gegen die Urtheile zu arrangiren und durch Vertheilung von Flugblättern und Veranstaltungen von Volksversammlungen das Volk gegen die Geschworenen zu beeinflussen.

Bern. Der Bundesrath hat einen böhmischen unabhängigen Sozialisten, sowie die beiden Bremer Sozialisten, welche bei dem am 1. Mai stattgehabten Umzug eine schwarze Fahne und Tafeln mit anarchistischen Aufschriften getragen hatten, ausgewiesen.

London. In einem längeren Rückblick auf das von ihm abgehaltene Verhör mit den Direktoren der Neu-Seeland-Kompagnie schloß sich der Richter William vollkommen der von dem offiziellen Verwalter über die Geschäftsführung geübten scharfen Kritik an. In einem Artikel der „Times" über das Urtheil wird hervorgehoben, William habe davon abgesehen, eine Rüge zu ertheilen für die fortgesetzte Unehrlichkeit, welche die Untersuchung dargethan habe. Unter den Direktoren befanden sich der Präsident des Handelsamtes, sowie mehrere Mitglieder des Unterhauses.

London. Das Unterhaus-Mitglied Chamberlain wurde auf dem Landgute seines Vaters von einem wüthenden Bullen angefallen und furchtbar zerfleischt. Die Aerzte hoffen, den Verwundeten am Leben zu erhalten.

London. Die Opposition setzte alle Hebel in Bewegung, um am nächsten Donnerstage mit Hülfe der Parnelliten bei der zweiten Lesung des Etats das Kabinet zu stürzen. Die Regierungskreise sind stark beunruhigt. — Cornelius Herz ist gestern gesund in London angekommen.

Washington. Die Zahl der von den demokratischen Senatoren angenommenen Anträge zur Tarifvorlage beläuft sich auf 400. Dieselben ändern den gesammten Entwurf fast vollständig ab und schlagen eine durchgehende, in vielen Fällen sehr beträchtliche Erhöhung der Zollsätze vor. Die Republikaner haben beschlossen, die Vorlage durch Opposition nicht mehr aufzuhalten, falls die Demokraten einmüthig zu Gunsten der Vorlage eintreten.

Hamburg. Der Postdampfer „Bohemia" ist heute in New-York angekommen.

Die Berliner Börse war lustlos und schwach. Von den westlichen Börsen wurde schwache Tendenz für Renten, namentlich Italiener, gemeldet. Später befestigte sich die Tendenz vorübergehend auf Meldungen, daß der Arbeitsminister für den Kohlen-

Friedrich & Glockner, empfiehlt sich in Schnelltrocken-Firnissen und Lackfarben, ausgewogen nur in unserem Detail-Geschäften: Zwingerstrasse 15; Schülerstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.